



Grünliberale Partei Schweiz
Laupenstrasse 2, 3008 Bern

Bundesamt für Energie
Sektion Kernenergierecht
3003 Bern

Per E-Mail an: peter.raible@bfe.admin.ch

3. November 2016

Ihr Kontakt: Michael Köpfl, Generalsekretär, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Kernenergieverordnung (KEV)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zur Kernenergieverordnung und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen stehen seit jeher für den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Dies bedeutet, auf den Neubau von Atomkraftwerken in der Schweiz zu verzichten, jedoch einen Weiterbetrieb der bestehenden zu ermöglichen, solange die Sicherheit dies zulässt.

Es sind nicht nur minimale, sondern steigende Sicherheitsvorgaben notwendig, welche die Entwicklungen und Erfahrungen im In- und Ausland mitberücksichtigen und mindestens dem Stand der Nachrüsttechnik entsprechen. Die Grünliberalen haben ergänzend dazu immer ein Langzeitsicherheitskonzept eingefordert, welches diese steigende Sicherheit gewährleistet und ein Ausfahren bestehender KKW verhindert (ENSI-Kurve). Es ist zentral, dass die Sicherheitsbehörde ENSI unabhängig und gestützt auf eine Gesetzesgrundlage diese Sicherheitsmarge durchsetzen kann und bei Nichteinhalten Sanktionen, einschliesslich einer Ausserbetriebnahme, verfügen kann.

Festzuhalten ist jedoch, dass die Verantwortung für die Einhaltung der Sicherheit unverändert und unabhängig von der neuen Verordnung bei den Betreibern bleibt und nicht ans ENSI delegiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund war es für die Grünliberalen unverständlich, dass Bundesrat und Parlament im Rahmen der Energiestrategie 2050 auf ein Langzeitbetriebskonzept für Atomkraftwerke verzichtet haben, welches eine entsprechende Verankerung der Grundsätze auf Gesetzesebene erfordert hätte. Somit wurde vom zentralen Grundsatz „safety first“ abgewichen und bewusst ein Zusatzrisiko eines Atomunfalls in Kauf genommen.

Die Verordnung hingegen begrüssen die Grünliberalen, da sie wesentliche Elemente des auf Gesetzesstufe im Parlament abgelehnten Langzeitsicherheitskonzeptes auf Verordnungsstufe lösen will, wie es in der Debatte zur Energiestrategie versprochen wurde. Die vorliegende Lösung der Koppelung zur PSÜ begrüssen die Grünliberalen ebenfalls, da diese die nötige Verfahrenskoordination gewährleistet und den Betreibern Planungssicherheit gibt.

Die Grünliberalen sind nach wie vor der Meinung, dass eine Verankerung im Gesetz notwendig ist, um dies durchzusetzen. Diese gesetzliche Verankerung wird umso wichtiger, je stärker die Betreiber aus ökonomischen

Gründen zusätzliche Sicherheitsmassnahmen möglichst zu vermeiden versuchen. Zwingend wird eine Absicherung im Gesetz, falls der Besitz der Schweizer KKW an Dritte beziehungsweise ins Ausland überginge, da dann eine Durchsetzung akut gefährdet sein könnte. Deshalb halten die Grünliberalen an der Überzeugung fest, dass eine entsprechende gesetzliche Grundlage zu schaffen ist. In diesem Sinne begrüssen die Grünliberalen den Vorschlag des Bundesrates als Zwischenschritt. Damit wird für die Betreiber eine höhere Ergänzung und Verbindlichkeit zur periodischen Sicherheitsüberprüfung geschaffen, die zurzeit auf Stufe Richtlinie nicht gegeben ist.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme sowie die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Bäumle
Parteipräsident



Michael Köpfl
Generalsekretär